



<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2020/07/israel-court-notorious-spyware-firm-nso/>

NEWS

12. Juli 2020, 17:41 UTC

Israel:

Gericht weist Antrag auf Widerruf der Exportlizenz für berüchtigte NSO-Gruppe ab

Der Bezirksgerichtshof Tel Aviv lehnte heute einen Antrag ab, der von Amnesty International unterstützt wurde und das israelische Verteidigungsministerium (MOD / Ministry of Defence) dazu zwingen sollte, seine Sicherheitsexportgenehmigung für den Spionagesoftwarekonzern NSO-Gruppe zurückzuziehen.

Danna Ingleton, die amtierende Kodirektorin von Amnesty Tech, erklärte dazu: *„Die skandalöse Entscheidung des heutigen Tages ist ein grausamer Schlag ins Gesicht all jener Menschen auf der ganzen Welt, die durch den Verkauf der Produkte der NSO-Gruppe an bekannte Menschenrechtsverletzer in Gefahr gebracht werden. Es ist erschreckend, dass das Gericht in einer Zeit, in der die NSO-Gruppe und das israelische Verteidigungsministerium für ihre Praktiken zur Rechenschaft gezogen werden sollten, nicht in der Lage war durchzugreifen“.*

„So wird die NSO-Gruppe auch weiterhin ungestraft aus Menschenrechtsverletzungen Profit schlagen. Die Entscheidung des Gerichtes setzt sich über Berge von Beweisen hinweg, die zeigen, dass die Spionagesoftware der NSO-Gruppe dazu benutzt wird, Menschenrechtsverteidiger von Saudi Arabien bis Mexiko ins Visier zu nehmen, unter anderen auch in dem hier zugrundeliegenden Fall, bei dem ein Mitarbeiter von Amnesty International mit dieser Software attackiert wurde. Amnesty International wird weiter alles ihr

Mögliche unternehmen, um den Missbrauch der Spionagesoftware der NSO-Gruppe zur Durchführung von Menschenrechtsverletzungen zu stoppen.“

„Bis Transparenz im Geschäftsgebaren der NSO-Gruppe und Garantien dafür geschaffen sind, dass die Verfahren des israelischen Verteidigungsministeriums bei der Erteilung von Exportgenehmigungen den internationalen Standards und Praktiken entsprechen, werden die Produkte des Unternehmens weiter zur Verfolgung von Aktivisten und zur Unterdrückung von Menschenrechten beitragen.“

HINTERGRUND

Das Gerichtsverfahren, das von Mitgliedern und Unterstützern der israelischen Sektion von Amnesty International und anderer Gruppen und Organisationen angeregt wurde, kam zustande, als Beweise aufgefunden wurden, die zeigten, wie NSO-Spionagetechnologie und dabei insbesondere PEGASUS dazu genutzt wurden, eine/n Beschäftigte/n von Amnesty International sowie zahlreiche Journalisten und Aktivisten unter anderem in Marokko, Saudi Arabien, Mexiko und den Vereinigten Arabischen Emiraten auszuspionieren. Das Rechtsverfahren wird von Amnesty International im Rahmen eines gemeinsamen Projektes mit der dem Bernstein-Institut für Menschenrechte und der Global Justice Clinic der New York University School of Law unterstützt.